

Presseerklärung

Frankfurt am Main, 13. Januar 2017

Vorschläge zum Mietrecht auf Kosten des Klimaschutzes und der Mieter

Neue Forderungen von Grünen nicht nachhaltig

Die in den vergangenen Tagen bekannt gewordenen politischen Konzepte zur Reform des Mietrechts gehen aus Sicht der Wohnungswirtschaft in die falsche Richtung. „Die Vorschläge der Grünen führen weder zu mehr bezahlbarem Wohnraum, noch helfen sie dem Klimaschutz“, kritisiert Dr. Axel Tausendpfund, Verbandsdirektor des VdW südwest.

Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat am 10. Januar im Bundestag eine große Mietrechtsreform gefordert. Demnach sollen beispielsweise Modernisierungskosten in deutlich geringerem Umfang als heutzutage umgelegt werden dürfen. „Damit würden energetische Sanierungen zum Erliegen kommen. Dies ist weder im Sinne des Klimaschutzes noch der Mieter“, warnt Tausendpfund. Denn die Mieter müssen in nicht modernisierten Gebäuden mehr Geld für Heizkosten aufbringen als in gut gedämmten Häusern. Außerdem werden damit die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung – ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050 – unerreichbar.

Darüber hinaus fordern die Grünen eine drastische Verschärfung der Mietpreisbremse. So soll die Bremse auch für Wohnungen nach einer umfangreichen energetischen Modernisierung gelten. Dies ist bisher nicht der Fall. „Die Mietpreisbremse hat sich als gänzlich wirkungslos erwiesen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, stellt Tausendpfund fest. Daran werden auch Verschlimmbesserungen nichts ändern. Für mehr Wohnraum gebe es nur ein Mittel: „Bauen, bauen, bauen.“

Nach Einschätzung des VdW südwest sind die Vorschläge der Grünen einzig und allein dem anstehenden Bundestagswahlkampf geschuldet. „Ob Mietpreisbremse oder Senkung der Modernisierungsumlage – beide Forderungen steigern vielleicht die Popularität einer Partei, erweisen sich aber spätestens bei der Umsetzung als kontraproduktiv. Nachhaltige Politik sieht anders aus“, so Tausendpfunds Fazit.

Der VdW südwest vertritt die Interessen von rund 200 privaten und öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft in Hessen und dem südlichen Rheinland-Pfalz mit einem Wohnungsbestand von rund 400.000 Wohnungen. Als selbstständiger Regionalverband mit Sitz in Frankfurt am Main gehört der VdW südwest dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Berlin, an, der insgesamt 3.000 Unternehmen mit Wohnungen für 13 Millionen Menschen in Deutschland vertritt. www.vdwsuedwest.de

Pressekontakt: Detlef Hans Franke, FuP Kommunikations-Management GmbH, Tel.: 069 / 95 43 16 0, Mobil: 0171 / 41 42 811, Fax: 069 / 95 43 16 25, E-Mail: detlef.franke@fup-kommunikation.de
